

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 19. Ratssitzung vom 22. Oktober 2014**

**428. 2013/370  
Interpellation von Michael Schmid (FDP) und Tamara Lauber (FDP) vom  
30.10.2013:  
Stadtspitäler Zürich, mögliche Auswirkungen anderer Organisationsformen und  
Kooperationen**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 428 vom 14. Mai 2014).

***Michael Schmid (FDP)** nimmt Stellung: Es ist dringend nötig, dass man eine sachliche Diskussionsgrundlage schafft. Der Stadtrat anerkennt, dass eine Verselbständigung selbst in Form einer Aktiengesellschaft keine Handhabe in Bezug auf die Eigentumsverhältnisse und auf die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse hätte. Auf die Frage nach einer Auslegeordnung über die Vor- und Nachteile von verschiedenen in Frage kommenden Rechtsträgern, antwortete der Stadtrat, dass diese Ergebnisse nach Abschluss der Arbeiten vorliegen sollen. Der Regierungsrat hat in Bezug auf das Kantonsspital Winterthur vor anderthalb Jahren die Auslegeordnung schon gemacht und in die Vernehmlassung gebracht. Die Diskussion muss einfach anfangen und man kann nicht auf eine Erarbeitung einer Spitälerstrategie verweisen ohne einen konkreten Termin zu nennen. Der Gemeinderat soll dies so beschliessen, unabhängig der übergeordneten Rahmenbedingungen. Ausser den Spitälern Triemli und Waid gibt es im Kanton keine Stadtspitäler mehr, die als kommunale Dienstabteilungen geführt werden, noch nicht mal in der ganzen Schweiz. Die finanziellen Auswirkungen, die eine Ausgliederung hätte, müssen transparent ausdiskutiert und demokratisch beschlossen werden. Das setzen die veränderten Rahmenbedingungen voraus. Die finanzielle Gesundheit der Stadtfinanzen und der Stadtspitäler setzen voraus, dass man eine seriöse Finanzplanung macht.*

Weitere Wortmeldungen:

***Rolf Müller (SVP):** Heute werden Synergien und die Unterstützung der Stadtspitäler durch andere städtische Dienstabteilungen erbracht. Das Waid und das Triemli arbeiten interdisziplinär bereits auf verschiedenen Fachgebieten eng zusammen. Es gibt auch Schwerpunkte in der Grundversorgung, wie die Geriatrie, die im Waidspital angesiedelt ist. In diesem Fachgebiet ist erst vor kurzem mit dem Universitätsspital Zürich eine Zusammenarbeit vereinbart worden. Zudem bestehen verschiedene Kooperationen mit anderen Regional- und Kantonsspitalern im Sinn einer integrierten medizinischen Versorgung und Spezialisierung in ausgewählten Fachgebieten. Zu beachten ist auch, dass die Rechtsform zwischen den einzelnen Spitälern nur von marginaler Bedeutung ist. Der Stadtrat gab die Spitalstrategie in Auftrag, um verschiedene Optionen der medizinischen Zusammenarbeit zu prüfen. Die SVP-Fraktion wäre mit einer Ausgliederung nur einverstanden, wenn dabei eine AG gegründet würde.*

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** Man will mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen. In den Spitälern geht es aber nicht nur ums Geld, es geht um eine Grundversorgung, die sichergestellt werden muss. Die Stadtspitäler bauen die Fachbereiche aus die rentieren und können damit alle anderen Bereiche finanzieren. Wir finden es nicht richtig, dass im voraus schon bestimmt werden soll, in welcher Form die Spitäler in Zukunft funktionieren. Wir werden deshalb die Motion der FDP nicht unterstützen.

**Marcel Savarioud (SP):** Es ist legitim, sich Gedanken über die Rechtsform zu machen. Die diagnosebezogenen Fallgruppen (DRG) haben nicht dazu geführt, dass es billiger wird, es wird teurer. Mit gewissen Dingen kann man Gewinn machen, aber nicht mit der Geriatrie. Die Überführung der Stadtspitäler in eine Aktiengesellschaft, hält der Stadtrat für die beste Entwicklungschance für die Zukunft, von einer anderen Rechtsform ist nicht die Rede.

**Katharina Prelicz-Huber (Grüne):** Wir haben eine gute Versorgung, inklusive integriertes Versorgungsnetz in der Grund- und in der Spezialfinanzierung mit gut qualifiziertem Personal. Es fehlen uns aber Tausende von qualifizierten Personen, damit die Pflege weiterhin gut gewährleistet werden kann. Über diese Problematik müssen wir diskutieren und nicht über die Organisation. Sicherlich haben sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen verändert, aber sie haben nichts mit der Rechtsform oder den Besitzverhältnissen zu tun. Seit den Globalbudgets können Spitäler quasi als Unternehmung funktionieren und das ist gut machbar. Das eigentliche Interesse ist die Privatisierung, eine Aktiengesellschaft zu gründen und private Gewinnabschätzungen zu machen. Wir wollen, dass das Gesundheitswesen weiterhin ein öffentliches Gut ist, das jedem gleichermassen zugänglich bleibt. Die Spitäler gehören zum Grundauftrag des Service Public, der gehört in den öffentlichen Dienst. Wir sind gegen eine Auslagerung und ganz sicher gegen eine Privatisierung.

**Roger Liebi (SVP):** Bevor die Vorstösse eingereicht wurden, hat der Stadtrat versichert, dass er an einer Gesellschaftsformänderung arbeitet. Die Spitäler arbeiten jetzt direkt im Markt und denken wirtschaftlich. Die Gründung einer Aktiengesellschaft setzt nicht automatisch voraus, dass die Kosten steigen. Die Kosten sinken generell, wenn ein Unternehmen in einer anderen Verantwortlichkeit, einer anderen Gesellschaftsform ist. In den Vorstössen sollte man dazu stehen, dass man eine Aktiengesellschaft will.

**Samuel Dubno (GLP):** Mehr Wettbewerb bedeutet nicht immer automatisch mehr Gewinn. Mehr Gewinn wird in Monopol- und in sehr fest regulierten Märkten erwirtschaftet, während in freien Märkten der Gewinn mehrheitlich sinkt. Die Gesellschaft der Assistenzärzte hat gerade zu einem Boykott der Stadtspitäler aufgerufen. In unseren städtischen Dienstabteilungen ist nicht alles perfekt, die Spitalsituation sollte deshalb einmal grundsätzlich angeschaut werden.

**Michael Schmid (FDP):** Wir wollen eine hervorragende medizinische Versorgung in der Stadt Zürich, die allen offen steht. Jetzt geht es um die Diskussion, wie wir das in Zukunft gewährleisten. Es laufen Entwicklungen auf Bundesebene wie DRG oder auf kantonaler Ebene mit dem Spitalpflege- und Finanzierungsgesetz. Wenn diese Gesetze

3 / 3

*einfach festgelegt sind, muss man mit diesen Rahmenbedingungen arbeiten. Blendet man dies aus, kommen wir in der Diskussion nicht vorwärts. Man kann auch nicht davon ausgehen, dass die Stadt willens und in der Lage ist, Defizite unbegrenzt zu decken.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

**STR Claudia Nielsen:** *Es ist in der Spitallandschaft sehr viel in Bewegung und wir wissen nicht, was in zehn Jahren stattfindet. Wir müssen immer handeln, während wir noch denken, das ist eine ziemliche Kunst. In der Gesundheitspolitik besteht kein Wettbewerb, es ist ein hochregulierter Markt, es gibt planwirtschaftliche Elemente und wir werden das nicht ändern. Wir können aber strategisch planen und der Bevölkerung das anbieten, was sie benötigt. Ein Spital ist nicht in erster Linie eine Institution, die möglichst viel Gewinn abwerfen, sondern gute Leistungen erbringen muss. Es gibt immer Bereiche, die sich nicht rechnen und diese müssen wir auch finanzierbar und effizient erbringen. Dabei gibt es heute Angebote, die nicht erbracht werden könnten, wenn man nur darauf geschaut hätte was Gewinn abwirft. Es gibt nicht viele Spitäler, die als Verwaltungseinheit geführt werden, aber es gibt welche. Wir sollten uns auch nicht zu sehr auf eine Rechtsform konzentrieren, sondern schauen, was die Erfolgsfaktoren eines Spitals sind, wie die Infrastruktur und das Personal. Wir müssen erst wissen, was die Häuser für Leistungen erbringen und wie diese im ganzen Netzwerk und im Medizinstandort Zürich funktionieren, bevor wir wissen, was die richtige Rechtsform sein wird.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat